

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84



Inhalt

Florian Gerster zu unterschiedlichen Zukunftsplänen für das westliche Bündnis: Welche NATO?

Seite 1

Dr. Dietrich Sperling MdB zu Schäubles Garantieerklärung für den Bundesgrenzschutz: Deutsche Einigung und Bürokratie.

Seite 3

Reinhold Hiller MdB zu „Koalitionen“ von DDR-CDU und PDS: Alte Liebe rostet nicht.

Seite 4

Rezension:

Dr. Karsten Schröder stellt das Buch „Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933“ von Peter Mannstein vor.

Seite 5

45. Jahrgang / 100

28. Mai 1990

Welche NATO?

Unterschiedliche Zukunftspläne für das westliche Bündnis

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

„Wenn wir eines Tages zu einer Verständigung mit Sowjetrußland kommen..., werden Warschauer Pakt und NATO der Vergangenheit angehören... Dies sind doch keine Ewigkeitsinstitutionen.“

(Konrad Adenauer am 5.4.1960 im Deutschen Bundestag)

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der Deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist.“

(Herbert Wehner am 30.6.1960 im Deutschen Bundestag)

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat mit Mehrheit beschlossen, daß Deutschland im Zuge der Vereinigung und im Übergang zu einem dauerhaften europäischen Sicherheitssystem dem westlichen Verteidigungsbündnis angehören soll. Dieses Bündnis soll nach sozialdemokratischen Vorstellungen seine Identität künftig in erster Linie politisch, weniger militärisch definieren und seine grundlegende militärpolitische Strategie ändern: Aufgabe der Ersteinsatz-Option von Atomwaffen im Verteidigungsfall, Verzicht auf die Stationierung solcher Waffen auf deutschem Boden, Aufgabe der Vorverteidigung an der bisherigen innerdeutschen Grenze.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2–10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht im Auftrag
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Der Hauptstrom bundesdeutscher Politik für die sicherheitspolitische Einbettung der deutschen Vereinigung ist zum ersten Mal öffentlich wirksam von Bundesaußenminister Genscher skizziert worden: Das vereinigte Deutschland als Mitglied in (einer veränderten) NATO, deren integrierte militärische Struktur über das jetzige Geltungsgebiet hinaus nicht ausgeweitet wird. Befürworter dieser Lösung halten den Nachteilen getellter Sicherheit im vereinigten Deutschland und dem ungeklärten sicherheitspolitischen Status der ehemaligen DDR die Vorteile der Einbindung Deutschlands in ein erwiesenermaßen funktionsfähiges Bündnis und die hohe Akzeptanz bei unseren westlichen Partnern gegenüber.

Das Problem der Ostakzeptanz ist bisher unterschätzt worden: Der Widerstand der Sowjetunion gegen eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses in Europa ist nicht nur Theaterdonner und Verhandlungspoker einer siechen ehemaligen Weltmacht, wie sich in den ersten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gezeigt hat. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Übernahme dieses sicherheitspolitischen Konzepts für die deutsche Einheit im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien der DDR und - danach - der ausdrückliche Verzicht auf die konkrete Erwähnung in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maiziere.

Welche Alternativen gab und gibt es zum „Genscher-Plan“:

- die Ausdehnung des militärpolitischen NATO-Territoriums nach der Melodie „der Westen hat gesiegt“,
- der Verbleib Deutschlands in beiden Bündnissen bis zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems,
- der Einstieg in das zu schaffende europäische Sicherheitssystem im Zuge der deutschen Vereinigung durch eine schrittweise Auflösung der Bündnisse,
- die Ausdehnung der NATO als Kern eines übergreifenden Sicherheitssystems nach Überwindung des Ost-West-Konflikts,
- der vorläufige Verzicht auf eine Regelung des äußeren Rahmens der deutschen Einheit mit der Konsequenz der Weitertretung der Rechte der Vier Mächte.

Innerhalb des Westens schält sich als Dissenspunkt die höchst unterschiedliche Sichtweise der Zukunft des Atlantischen Bündnisses heraus: Sollen zu schaffende Elemente eines europäischen Sicherheitssystems die NATO ergänzen oder allmählich überflüssig machen? Und: Sind deutsche Wünsche nach der Reform von Strategie und Struktur des Bündnisses vereinbar mit den Vorstellungen und Interessen der Alliierten?

Als ein Beispiel unter vielen mag eine Erklärung des Staatssekretärs Wolfowitz vom US-Verteidigungsministerium vor dem Unterausschuß für Europäische Angelegenheiten des Auswärtigen Senatsausschusses vom 9. Mai 1990 dienen:

- „Keine andere Organisation in Europa kann die NATO ersetzen... Wir sind gegen Vorschläge für eine neue Sicherheitsstruktur als Ersatz für die NATO.“
- „Beantwortung jedes Angriffs mit einem geeigneten Mix und Niveau konventioneller und, falls erforderlich, nuklearer Streitkräfte.“

Wenn die Mitgliedschaft Deutschlands im westlichen Bündnis als Übergangsmodell von allen Beteiligten akzeptiert werden sollte, werden wir Sozialdemokraten uns mit anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften auf eine Reform des Atlantischen Bündnisses konzentrieren müssen, die seinen Charakter grundlegend verändert und mit gesamtdeutschen Interessen vereinbar macht.

(-/28.5.1990/vo-he/rs)

Deutsche Einigung und Bürokratie

Zu Schäubles Garantieerklärung für den Bundesgrenzschutz

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Prozeß der deutschen Einigung wird nicht nur Strukturen in der DDR verändern, er wird auch Auswirkungen auf Institutionen der Bundesrepublik haben.

Bezogen auf die staatliche Bürokratien heißt das konkreter: Es wird in manchen Bereichen Aufgabenzuwächse, in anderen Bereichen Aufgabenminderungen geben. Aufgabenminderungen müssen aber auch den entsprechenden Abbau von Bürokratie und Stellen zur Folge haben.

Wie schwer dies sein wird, zeigt sich bereits: Seitdem deutlich ist, daß der Bundesgrenzschutz Aufgaben an der innerdeutschen Grenze verliert und schrumpfen kann, wird fieberhaft nach neuen Betätigungsfeldern gesucht. Nach dem Motto: Eine einmal vorhandene Bürokratie wird nicht abgebaut, sondern sie wird anders beschäftigt.

Innenminister Schäuble marschiert voran. Als Ersatz-Schutzobjekt für den Grenzschutz müssen jetzt nach seinen Worten „schwierige Sicherheitslagen“ wie Fußballspiele und Großdemonstrationen herhalten. Ist hier etwa seit dem 9. November eine neue Gefährdung des Staates entstanden? Oder war der Bundesgrenzschutz vorher zu klein, und warum ist er dann nicht rechtzeitig vergrößert worden?

Die Grenzschutzbeamten brauchen sich um ihre berufliche Zukunft keine Sorgen zu machen. Sie werden andere Aufgaben erhalten. Aber jetzt schon zu erklären, trotz Wegfall der innerdeutschen Grenze sei kein Grenzschutzbeamter verzichtbar, macht keinen Sinn.

Die deutsche Einigung sollte uns nicht gleichzeitig mehr Bürokratie bescheren. (-/28.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Alte Liebe rostet nicht

Zu „Koalitionen“ von DDR-CDU und PDS

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Bundestagausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die Ost-CDU etabliert sich offensichtlich als Vorreiterin, wenn es darum geht, die SED-Nachfolgeorganisation PDS hoffähig zu machen.

So hat die PDS, landauf, landab von den demokratischen Parteien der DDR ausgegrenzt, in der mecklenburgischen Ortschaft Selmsdorf in der dortigen CDU einen neuen alten, politischen Partner gefunden.

Petra Piechocki von der PDS wurde mit den Stimmen der CDU die neue Bürgermeisterin des Ortes. Ihr Stellvertreter, der alle Stimmen der PDS erhielt, wurde Erich Hein von der CDU.

In der Volksvertretung der Gemeinde Selmsdorf hat die PDS keinesfalls eine absolute Mehrheit, so daß die PDS-Vertreterin ohne einen „Koalitionspartner“ keine Mehrheit gefunden hätte.

Die ungewöhnliche, aber bemerkenswerte Partnerschaft wäre für eine Mehrheit in der Gemeindevertretung rechnerisch nicht notwendig gewesen. Im Gegenteil.

Aber hier zeigt sich wohl: „Alte Liebe rostet nicht!“ Wie ließe sich sonst das Aufleben alter Verbindungen, das keineswegs ein Einzelfall ist, erklären.

In Güstrow wurde dieses Bündnis der beiden alten Blockparteien sogar genutzt, um den Kandidaten der SPD, der stärksten Fraktion im Rat, zu verhindern.

Das neu geschlossene Bündnis steht im eindeutigen Widerspruch zu den politischen Aussagen der CDU in beiden deutschen Staaten. Welche Sprache wird der Kollege Rühle wohl für diese neue alte Partnerschaft finden? Wird er in seinen Gesprächen mit seinen Freunden in der DDR dasselbe Vokabular benutzen, das er für seine Angriffe gegen uns Sozialdemokraten verwendet hat?

Sowohl die CDU der DDR als auch die CDU/CSU in der Bundesrepublik müssen klar Stellung beziehen und bei ihren Parteifreunden in Selmsdorf, Güstrow und anderswo darauf hinwirken, sich endlich von der eigenen Geschichte zu lösen.

Verbale Kraftakte gegen die SED und ihre Nachfolgerin PDS aus den Führungsspitzen von CDU-Ost und CDU/CSU-West und die Unterstellung einer Kumpanei von Sozialdemokraten mit der SED sollen von der eigenen belasteten Vergangenheit der CDU-Ost ablenken.

Nicht die SPD, sondern die CDU hat dem „Demokratischen Block“ der SED angehört. Wir Sozialdemokraten haben mit der SED, als sie an der Macht war, im Interesse der Menschen gesprochen, aber nicht paktiert.

Sozialdemokraten haben in der DDR, wie schon in den Zeiten des Nationalsozialismus, bis zuletzt auch unter Einsatz ihres Lebens für die Demokratie gekämpft. Noch zu Zeiten als die Konservativen sich längst mit dem Regime arrangiert hatten. Die Sozialdemokraten der DDR waren bei den ersten in dieser „friedlichen Revolution“, lange bevor die Konservativen mit ihrem Nationaltaumel den Wechsel des Windes der Macht spürten.

Geht es den sogenannten christlichen Parteien wirklich um einen Neubeginn, um eine neue christliche Gesellschaft, oder geht es ums Geschäft? Sieht man die Politik in Selmsdorf und Güstrow, ist von einem Neubeginn nichts zu spüren.

Wir fordern von der CDU-Ost eine klare Haltung gegenüber der PDS. Sie muß sich ihrer Geschichte stellen und sie aufarbeiten, nicht verdrängen. Dies gilt für alle Ebenen, von der kleinsten Gemeinde bis zur Volkskammer. Wir fordern von der CDU-West, daß sie auf ihre Freunde in der DDR hinwirkt, daß es im Interesse des demokratischen Neubeginns in der DDR nicht zu einer weiteren Zusammenarbeit zwischen CDU und PDS kommt.

(-/28.5.1990/va-he/rs)

REZENSION

Neues zu einem alten Thema: Die Mitglieder und Wähler der NSDAP

Peter Mannstein: „Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung.“; 2. überarbeitete Auflage, Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang Verlag 1989, 285 S., DM 77,00.

„Die Ursachen der nationalsozialistischen Bewegung im allgemeinen und die schichtenspezifische Zusammensetzung und Motivationen ihrer Unterstützer im besonderen sind aber noch immer nicht erschöpfend geklärt. So spornte mich die Unzufriedenheit über die Mängel der Forschung zur Beschäftigung mit dem Thema an.“

Diese einleitende Feststellung des Bonner Politologen Peter Mannstein überrascht angesichts der kaum noch überschaubaren Fülle der zeitgeschichtlichen Forschungen und Publikationen zu diesem Thema. Hat nicht eine jahrzehntelange Forschungsliteratur die These immer weiter erhärtet, daß der Nationalsozialismus 1933 in Arbeiterbezirken stets schlechter bei Wahlen abschnitt, die Arbeiter sich weitgehend resistent gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda verhielten und die NSDAP eigentlich eine militante Mittelstandsbewegung gewesen sei?

Der Autor hat den lesenswerten Versuch unternommen, nicht nur den Stand der Forschung über die NSDAP-Anfälligkeit verschiedener sozialer Schichten der Weimarer Republik kritisch zu sichten und zu vergleichen, sondern auch auf methodische und analytische Unzulänglichkeiten sowie Forschungslücken hinzuweisen, die eine Erklärung der NSDAP-Wahlerfolge aus der Schichtperspektive nach wie vor begleiten. Denn meist wird die schichtenspezifische NSDAP-Anfälligkeit durch die Faktoren sozial-ökonomische Lage, Interessenorganisation, Mentalität und NS-Propaganda zu erklären versucht. Auch wenn viele Faktoren in der Vergangenheit plausibel erschienen, so sind doch nach Ansicht des Autors weitere inhaltliche und methodische Differenzierungen erforderlich.

Im ersten Teil seiner materialreichen Arbeit behandelt Mannstein die Erklärungsversuche für schichtmäßige NSDAP-Anfälligkeit der Arbeiterschaft, des Mittelstandes sowie der Oberschicht, wobei er diese Schichten nach einzelnen Berufsgruppen unterteilt. Für jede dieser sozialen Schichten bündelt der Autor in seiner Sekundäranalyse die Forschungsergebnisse zu aufschlußreichen, interessanten Fakten und neuen Bewertungen:

„Das hohe Ausmaß der Unterstützung der NSDAP durch die Arbeiter sowohl auf der Mitglieder- als auch auf der Wählerebene ist eines der wichtigsten Ergebnisse neuerer, methodisch gut abgesicherter Forschung.“ Daher ist es wohl angebracht, folgert Mannstein, „das überkommene, gängige Geschichtsbild einer gewissen Revision“ zu unterziehen. „Ein regelmäßiger Arbeiteranteil von 30 bis 40 Prozent bei den Parteimitgliedern und Wählern scheint jedenfalls kein Faktum zu sein, auf das sich die bisher übliche, fast reine Mittelstandsthese so ohne weiteres gründen läßt.“ Auch wenn man hinsichtlich der NSDAP-Anfälligkeit der Arbeiterschaft genauer nach einzelnen Berufsgruppen unterscheiden muß und dabei auf eine recht dünne Materiallage angewiesen bleibt, so kommt Mannstein in seiner Untersuchung zu dem Fazit, daß der Abstand bestimmter Arbeiterkreise (etwa Arbeiter im ländlichen Raum) zu linken Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen sowie zum katholischen Milieu eine Anfälligkeit für den Nationalsozialismus stark begünstigte. Bemerkenswert ist ferner die große Resistenz arbeitsloser Arbeiterwähler gegenüber der NS-Propaganda; dieser Arbeitergruppe war bislang eine überdurchschnittlich hohe NS-Affinität unterstellt worden. „Es verblüfft, daß die ungelerten Arbeiter über alle Jahre hinweg die einzige Gruppe mit einer Unterrepräsentation ist, alle anderen Gruppen sind überrepräsentiert! Über alle Jahre hinweg stellen die Facharbeiter die stärkste einzelne Gruppe in der neuen Mitgliedschaft der NSDAP.“

Relativierende Ergebnisse liefert der Autor auch für den Mittelstand und die Oberschichten. Nicht die Mittelschicht insgesamt, sondern nur Teile haben sich NSDAP-anfällig gezeigt. Das ausgewertete Datenmaterial etwa der NSDAP-Mitgliedschaft belegt, daß die unteren und mittleren Angestellten den größten Anteil stellen, gefolgt von Handwerkern, Bauern, Kaufleuten sowie unteren und mittleren Beamten. Für die Oberschicht ermittelt Mannstein eine weit größere NSDAP-Anfälligkeit als bisher angenommen wurde. „Im Durchschnitt bilden die Studenten und höheren Schüler die stärkste Gruppe der Oberschicht in der neuen Mitgliedschaft der NSDAP. (...) Zweitgrößte Gruppe sind die akademischen Freiberufler, die um mehr als das Dreifache überrepräsentiert sind. Besonders stark ist auch die Überrepräsentation noch bei den Unternehmern, sie liegt beim Dreifachen ihres Reichsanteils.“

Im zweiten Teil seiner Untersuchung setzt sich der Autor mit den Ergebnissen der empirischen Forschung zum Thema „Sozialprofil“ der NSDAP-Mitglieder und -Wähler kritisch auseinander und gelangt zu dem Schluß: „Auf der quantitativen Forschungsebene begegnet man vielfach einer methodischen Nonchalance, die häufig die Ergebnisse in Frage stellt. Gravierende Fehler werden oft jahrzehntelang einfach fortgeschrieben. Dazu paßt, daß es häufig an der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der methodischen Vorgehensweise mangelt, so daß die Aussagekraft und die Beschränkungen der Ergebnisse nicht klar werden.“ Zwar kann das analytische Instrument der Schichtperspektive wichtige Erkenntnisse über die Anfälligkeit bestimmter sozialer Gruppen ermitteln, doch verweist Mannstein zugleich auf die Gefahr von Verallgemeinerungen. Als Fazit muß gelten, „daß eine größere methodische Sorgfalt als bisher üblich angebracht ist und daß vor schnellen Schlüssen von den Mitgliedern auf die Wähler und umgekehrt gewarnt werden muß.“

Der Autor hat nicht nur eine sehr verdienstvolle Auswertung und Interpretation des vorliegenden Datenmaterials über die Struktur und Wähler der NSDAP vor 1933 vorgelegt, er fordert mit dieser Studie auch zu weiteren methodisch exakten Untersuchungen auf, die weiteres Licht in ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte bringen können.

Dr. Karsten Schröder

(-/28.5.1990/vs-he/rs)

* * *